



30. September 2016

Ausgabe 09/2016

Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

die Fraktionssitzung in dieser Woche war sehr emotional. Peer Steinbrück wurde von uns verabschiedet, ein letztes Mal hat er im Plenum geredet. Er hat sich bedankt bei denen, die ihn gestützt haben und bei denen, die ihn ertragen haben (wie er selbst sagt).

Ein anderer Punkt war Frank-Walter Steinmeiers Bericht über das Scheitern von Friedensverhandlungen für Syrien. Nicht einmal ein kurzfristiges Flugverbot für alle Beteiligten konnte vereinbart werden. Der Bevölkerung wird keine Atempause gegönnt. Während sie in Schutt und Asche sitzt, wird selbst der dringend benötigte Hilfskonvoi bombardiert.

Die bestehende humanitäre Not entwickelt sich zu einer humanitären Katastrophe. Wir dürfen unsere Bemühungen nicht aufgeben, einen Waffenstillstand zu erreichen. Allen Beteiligten muss klar sein, dass keiner mit einem militärischen Sieg hervorgehen wird.

Flexibler in den Ruhestand mit der Flexirente

Mehr Freiheit bei der Entscheidung, wie man die Arbeit im Alter gestaltet – dafür hat sich die SPD bei den Verhandlungen über die Flexirente eingesetzt. Diese Woche wurde der Gesetzentwurf erstmalig im Bundestag diskutiert. Für die SPD steht dabei fest, dass sich der Renteneinstieg nach der persönlichen Leistungsfähigkeit richten muss. Denn während die einen schon vor dem Erreichen des Regelrentenalters nicht mehr voll arbeiten können, möchten andere gern länger am Arbeitsleben teilhaben.

Deshalb verbessern wir die Teilrente. Arbeitnehmern, die vor dem Rentenalter nicht mehr 100 Prozent arbeiten können, wird es zukünftig möglich sein, Rentenzahlungen besser mit ihrem Einkommen zu kombinieren. Durch flexiblere Regelungen und weniger Abschläge wird die Teilrente attraktiver.

Diejenigen, die auch nach dem Erreichen des Rentenalters arbeiten wollen, können nach unserem Entwurf weiter in die Rentenversicherung einzahlen. Dadurch sammeln sie zusätzliche Rentenpunkte und erhöhen ihre Ansprüche. Das war bisher nicht möglich.

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann
 @bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04
 @bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

Damit Arbeitnehmer möglichst fit bleiben, setzen wir uns für einen berufsbezogenen Gesundheitscheck ein. Die geistige Fitness stärken wir durch bessere Weiterbildungsangebote.

Mit dem Gesetz beseitigen wir auch eine Gerechtigkeitslücke: Langzeitarbeitslosen konnten bisher gegen ihren Willen in Rente geschickt werden – sie wurden quasi zwangsverrentet. Dabei wurde ihre Rente aufgrund der Abschläge – wie bei anderen, die früher in Rente gehen – gekürzt. Die Zwangsverrentung soll nun aber nicht mehr möglich sein, wenn die Betroffenen unter die soziale Grundsicherung fallen.

CETA

Eines der heiß diskutierten Themen der vergangenen Wochen war CETA, das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada. Seit dem Sommer liegt die rund 1.500 Seiten starke deutsche Übersetzung des Abkommens vor. Die SPD stand nun vor der Aufgabe, zu prüfen, ob der Text unsere roten Linien einhält. Anders als bei anderen Parteien, die schon von vornherein festgelegt haben, wie sie sich zu CETA verhalten, gab es bei uns eine inhaltliche Auseinandersetzung. Auf dem kleinen Parteitag vor zwei Wochen entschieden sich 2/3 der Delegierten dafür, die Zustimmung an Bedingungen zu knüpfen. Nach dem Willen der SPD sollen mögliche Schwachstellen ausgebaut und unklare Formulierungen konkretisiert werden.

Dies soll in Form einer zusätzlichen verbindlichen Erklärung erfolgen, die konkretisiert, was z.B. genau unter dem Begriff Daseinsvorsorge gemeint ist. Während die Wasserversorgung explizit im Vertrag erwähnt wird, fehlt die Wasserentsorgung. Deswegen diese Klarstellung. Weitere Punkte sind Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen Arbeitnehmerrechte, Nachhaltigkeit und Bestimmungen zum Investitionsgerichtshof. Die kanadische Handelsministerin hat in einem Gespräch mit Sigmar Gabriel einer entsprechenden Erklärung bereits zugestimmt.

Von unserer Position konnten wir auch die CDU/CSU überzeugen, sodass ein gemeinsamer Antrag im Bundestag beschlossen werden konnte. Da wir nicht für ganz Europa zuständig sind, wird ein Sonderhandelsministerrat über den deutschen Vorstoß beraten. Auch über die Teile des Vertrages, die vorläufig in Kraft treten sollen, muss Einigkeit erzielt werden. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Schiedsgerichtsklausel nicht im Vorfeld zur Anwendung kommt.

Spitzengespräch zum Stahlstandort NRW

Unruhe herrscht zurzeit bei den Betriebsräten und Arbeitnehmern von Thyssenkrupp Steel. Nicht nur von Umstrukturierungen wird gesprochen, sondern auch von einer Fusion der Stahlsparte mit einem indischen Konzern. Davon könnte nicht nur Dortmund mit seinen 1.350 Arbeitsplätzen betroffen sein, sondern auch die anderen vier Standorte in NRW. Für Sozis sind solche Vorhaben ein Alarmsignal, denn meistens bedeutet dies den Verlust von Arbeitsplätzen.

Kurzer Hand habe ich deshalb ein Spitzengespräch mit Arbeitnehmervertretern in Berlin organisiert. Klar ist für uns als Wirtschaftspolitiker aber auch, dass wir unsere Stahlbranche nicht weiter mit Kosten belasten dürfen. Sonst kommen sie auf den internationalen Märkten nicht mehr mit. In keinem Fall darf es passieren, dass wir in Deutschland hocheffiziente Stahlwerke schließen und Dreckschleudern woanders laufen lassen. Hier haben auch Konzerne Verantwortung zu tragen für Arbeit und Umwelt.

Die Erbschaftsteuer ist beschlossen

Kurz vor Toresschluss (Frist des Bundesverfassungsgerichts) hat der Bundestag die Erbschaftsteuer beschlossen. Während besonders die CSU Unternehmen durch die Erfindung immer neuer Ausnahmen entlasten wollte, ging es der SPD um deren gerechte Beteiligung am Steueraufkommen.

Im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf ist uns gelungen, eine höhere Bewertung bei der Ermittlung des Unternehmenswertes durchzusetzen. Dadurch steigt das Steueraufkommen. Erben können zukünftig auch nicht mehr Luxusgegenstände unter den Tisch fallen lassen. Sie müssen darauf in Zukunft die volle Steuer zahlen.

Des Weiteren wollte die CSU eine Stundung der Steuerzahlung für zehn Jahre ohne Voraussetzungen und ohne Zins- und Ratenzahlung ermöglichen. Dies ist gestrichen – die Stundung ist an klare Bedingungen geknüpft. Nur wer ein geerbtes Unternehmen im Wert von bis zu 26 Millionen Euro sieben Jahre lang fortführt und die Arbeitsplätze, erhält kann diese in Anspruch nehmen.

Mehr Beratung für Pflegende

Immer mehr Menschen pflegen ihre Angehörigen. Der Bundestag will sie dabei unterstützen, diese schwierige und oftmals belastende Aufgabe gut zu bewältigen. Mit dem dritten Pflegestärkungsgesetz, das wir letzte Sitzungswoche im Bundestag behandelt haben, soll vor allem die Beratung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen verbessert werden. Städte und Gemeinden sollen dazu in den nächsten fünf Jahren Stützpunkte einrichten können, in denen man unter Vorlage eines Beratungsgutscheins Hilfe erhält.

Mit dem Gesetz reagiert der Bundestag auch auf Betrugsfälle in der Pflege. Falschen Abrechnungen soll in Zukunft mit verschärften Kontrollen begegnet werden. Liegt der Verdacht eines Betrugs vor, kann der Medizinische Dienst häusliche Pflegedienste auch unangemeldet überprüfen.

Allianz für bessere Schulen

Die Schule legt den Grundstein für den persönlichen Werdegang. Gut ausgebildete Menschen sind die Basis des wirtschaftlichen Erfolgs unseres Landes.

Damit unsere Schulen leistungsfähig bleiben und die Kinder sich hier wohlfühlen, braucht es die gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und

Kommunen. Deren Bemühungen wollen wir unterstützen und in einer nationalen Bildungsallianz zusammenbringen.

Deshalb hat unser Parteivorstand in dieser Woche Eckpunkte für ein Programm zur Modernisierung der schulischen Bildung verabschiedet. Darin fordern wir unter anderem neun Milliarden Euro, um unsere Schulen auf Vordermann zu bringen. Auch wollen wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagschulplätze, zumindest für die ersten Schuljahre. Darüber hinaus fordern wir den Ausbau der Schulsozialarbeit, sodass Probleme früher erkannt und angegangen werden können.

Damit Bund und Länder in der Schulpolitik an einem Strang ziehen können, muss das Klein-Klein bei den Zuständigkeiten aufhören. Wir fordern eine Grundgesetzänderung, damit das Verbot der Zusammenarbeit in der Bildungspolitik endlich abgeschafft wird.

Neuigkeiten im Berliner Büro



Bei einem Anruf in meinem Berliner Büro werdet ihr Ina Schwärmer mit ihrem unverkennbaren Berliner Dialekt vermissen. Sie hat eine unbefristete Stelle in einem Ministerium angenommen. Bei mir sind Arbeitsverträge leider nur mit Befristung für die Legislaturperiode möglich. Wir wünschen ihr alles Gute im neuen Job!

Mit vollem Elan ist bereits ihre Nachfolgerin Victoria Wulff gestartet. Sie wird euch in gewohnter Freundlichkeit bei euren Anliegen weiterhelfen.

Heute halte ich im Bundestag noch eine Rede zur Deutschen Einheit. Es gab einen Bericht der Bundesregierung dazu, in dem beschrieben wird, dass es immer noch große Unterschiede bei den Lebensverhältnissen in den Regionen gibt. Mittlerweile besteht Konsens darüber, dass Maßnahmen heute nicht mehr nach Ost und West unterschieden werden sollten. Das Geld muss vielmehr in strukturschwache Regionen fließen. In meiner Rede habe ich das Thema Langzeitarbeitslosigkeit in den Vordergrund gestellt, denn auch hier gibt es starke regionale Unterschiede. Wenn wir den sozialen Frieden im Gleichgewicht halten wollen, müssen wir in diesem Bereich stärker investieren.

In diesem Sinne wünsche ich euch einen guten Tag der Deutschen Einheit und ein schönes langes Wochenende.

Bis bald, eure

Sabine